

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 19, Inselstr. 6a. Fernruf: P 7 Janowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 804 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 298 A

BERLIN • Dienstag, den 17. Januar 1933

2. JAHRGANG

Großangelegte Einheitsfront zwischen KP und SP in Belgien.

Die Imperialisten und China.

Gu—n. Als 1931 der Völkerbund sich zum ersten Mal mit dem japanischen Krieg zu beschäftigen hatte, spielte in Genf Briand noch eine Rolle, ein Mann also, der im Ernst den Glauben, daß der Völkerbund eine Macht des Friedens darstellen könne und eines Tages darstellen werde, noch nicht preisgegeben hatte. Die neuen Beratungen über den japanischen Krieg, die am Montag in Genf begonnen haben, werden voraussichtlich von dem Einfluß einer solchen Persönlichkeit frei sein — wenigstens sehen wir bisher keine solche. Auch Rußland wird sich an den Genfer Unterhaltungen nicht beteiligen. Die japanischen Eroberer andererseits sind in schnellem Tempo frecher geworden, und der Fortgang der Weltwirtschaftskrise hat alle Beteiligten rücksichtsloser in der Vertretung ausschließlich der eigenen Interessen gemacht. So wird die neue Fernost-Diskussion voraussichtlich nackter noch als die früheren den Charakter eines imperialistischen Zanks um die chinesische Beute zur Schau tragen.

Das soll uns gewiß nicht hindern, jede Stimme nach Kräften zu verstärken, die sich trotz alledem wirklich für das Recht und den Frieden erheben sollte.

Alle Imperialisten sind darin einig, daß die Türen nach China für den Bolschewismus geschlossen und für die kapitalistische Ausbeutung durch die imperialistischen Mächte weiter geöffnet werden sollen. Man kann sogar annehmen, daß Japans imperialistische Konkurrenten ihrem angriffs-lustigen Kollegen dankbar sind dafür, daß er die Frage, was aus China wird, so drängend auf die Tagesordnung gesetzt hat. Der Krieg Japans bietet ja den übrigen imperialistischen Mächten einen erwünschten Vorwand, zuzugreifen und die sogenannte „offene Tür“ gründlicher als bisher zu organisieren; d. h. Sicherungen zu treffen dafür, daß jeder an der chinesischen Beute beteiligt wird — nach irgend einem Grundsatz sogenannter Gleichberechtigung; daß jedenfalls die Beute nicht den Japanern allein überlassen bleibt.

Welche einander widerstreitenden Interessen geben nun dem Kampf um die Aufteilung, mindestens um die kapitalistische Ausbeutung Chinas im einzelnen das Gesicht?

Die im Augenblick stärkste Spannung im Fernen Osten ist die zwischen Japan und den USA.

Der junge, rücksichtslose japanische Imperialismus ist seit Jahren auch gegenüber den USA unglaublich frech. Vor 25 Jahren bereits fühlten sich die Amerikaner durch die japanischen Einwanderer bedrängt. In drei Weststaaten der USA (Kalifornien, Oregon, Washington) besaßen japanische Einwanderer 50 bis 75 Prozent des besten Bodens. 1908 trafen die USA mit Japan ein sogenanntes Gentlemen-Abkommen, in dem Japan zusagte, die Einwanderung in die USA in bestimmter Weise zu regeln. Die japanischen Gentlemen aber ließen seitdem fröhlich ihre Auswanderer auf dem Umweg über Kanada und Mexiko nach den USA hineinwandern. Seitdem die Amerikaner sich gegen asiatische Einwanderer abgeschlossen haben (1924), entfaltet die nationalistische japanische Presse eine wüste Hetze gegen die USA, und japanische Diplomaten sprechen offen davon, daß die Frage der japanischen Einwanderung revidiert werden müsse, wenn die USA Frieden im Stillen Ozean wünschten.

Wie ernsthaft man in den USA ein Gewitter über dem Stillen Ozean heraufziehen sieht, zeigt die amerikanische militärische Fachpresse.

Der amerikanische Flottenchef, Admiral Pratt, veröffentlicht soeben eine Artikelserie, in der er den sofortigen Ausbau der amerikanischen Flotte auf die volle, mit dem Londoner Flottenabkommen vereinbarte Stärke fordert.

Auch Roosevelt hat vor einigen Tagen, wie politische Freunde des neuen Präsidenten erklärten, den Standpunkt geäußert, daß die Lage im Stillen Ozean ein neues Flottenprogramm erfordert; gegenüber dieser Rücksicht müsse die Rücksicht auf die Abrüstungskonferenz zurücktreten, die während Hoovers Präsidentschaft die USA veranlaßt habe, ihre Flottenstärke weit unter der in London vereinbarten Grenze zu halten. Der Admiral Pratt vergleicht die Spekulation des amerikanischen Volkes auf einen Dauerfrieden mit der amerikanischen Börsenspekulation von 1929 auf eine Dauerprosperität, die mit einem Börsenkrach endete.



H. M. Am Sonnabend hat die belgische Regierung ihr Finanzprogramm veröffentlicht, das neue, die Arbeiterschaft belastende Maßnahmen enthält. Die Regierung hat sich zur Verwirklichung dieses Programms von der Kammer außerordentliche Vollmachten geben lassen.

Aber die Sanierung der Staatsfinanzen ist nicht die einzige Maßnahme, in der die katholisch-bürgerliche Regierung Brouqueville ihren reaktionären Charakter erweisen will. Diese Regierung ist zustande gekommen kurz nach dem großen belgischen Bergarbeiterstreik dieses Sommers: ihre Anhänger sind durch diesen Streik in Schrecken versetzt worden und verlangen, in Zukunft vor derartigen Beweisen der Macht der Arbeiterklasse verschont zu bleiben. Die Regierung bereitet deshalb eine Art Republikschutzgesetz vor, ein Gesetz „gegen revolutionäre Agitation“.

Der erste, erfreuliche Erfolg der reaktionären Politik und der noch reaktionäreren Absichten dieser Regierung ist die Aufrüttelung der Sozialdemokraten und der mit ihnen verbundenen Gewerkschaften. Im vergangenen Sommer waren die Sozialdemokraten noch eng mit dem Regierungsapparat verbunden, sie beteiligten sich nur widerstrebend am Streik und versuchten gleichzeitig, die Regierung bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung zu unterstützen.

Dies änderte sich mit dem Ruck nach rechts in der Regierungspolitik. Die Ernennung Brouquevilles zum Ministerpräsidenten haben die Sozialdemokraten mit der schärfsten Kampfansage beantwortet; sie haben vor einigen Tagen auf ihrem außerordentlichen Parteikongreß in Brüssel erklärt, daß sie bei künftigen Streiks aktiv mitkämpfen würden, daß sie

den Widerstand gegen die Regierung im Lande organisieren

würden. Vandervelde ging sogar noch weiter: er würde vor dem Generalstreik nicht zurückschrecken.

Es ist nicht bei den Worten geblieben. Im ganzen Lande wird die Organisation des Widerstandes ernsthaft durchgeführt, und zwar als

Aufgabe der Einheitsfront.

Sozialdemokraten und Kommunisten arbeiten gemeinsam an dieser Aufgabe, „so daß jetzt in Belgien eine vollständig neue und überaus bedenkliche Lage eingetreten ist“, wie das „Berliner Tageblatt“ besorgt mitteilt.

Die Lage ist nämlich nicht nur in bezug auf die Durchführung des Finanzprogramms mit Hilfe außerordentlicher Vollmachten der Regierung „überaus bedenklich“. Vandervelde ist nicht nur Führer der belgischen Sozialdemokratie, er ist auch Vorsitzender der II. Internationale. Es ist nicht ausgeschlossen,

daß die Herstellung der Einheitsfront in Belgien nur der Anfang einer größeren Aktion ist, nur die erste Etappe eines Planes, die II. Internationale neu zu beleben.

Angesichts der drohenden Kriegsgefahr ist eine derartige Aktion von außerordentlicher Bedeutung. Wenn die belgischen Genossen, die schon im vergangenen Sommer ihren regen Kampfegeist erwiesen haben, jetzt wiederum die Führung in dem großen Kampf gegen Reaktion und Kriegsgefahr

über die amerikanischen See- und Luftflotten-Manöver die im vergangenen Jahre im Stillen Ozean stattfanden, berichtet die amerikanische Militärpresse als über

Kämpfe der „Schwarzen“ gegen die „Blauen“,

wobei hinter den „Blauen“ in Klammern bemerkt wird: Japan. Die Kopfstärke der Armeen, die Mechanisierungs- und Motorisierungsmöglichkeiten, die See- und Luftflottenstärke und die Produktionskapazität für Giftgas werden für beide Staaten verglichen. (Dabei erfährt man übrigens, daß die USA in bezug auf chemische Kriegführung an der Spitze stehen. Sie werden nach 6 Kriegsmonaten

AUS DEM INHALT:

Steldichein der Reaktion.

Wohin gehören die deutschen Bauern?

Das osteuropäische Pulverfaß.

Englische Profite in der Krise.

Der Breslauer Universitätssumpf.

übernehmen, so sollte dies für die Arbeiterschaft anderer Länder, vor allem für die deutsche Arbeiterschaft, ein Signal sein, sich dieser Führung anzuschließen,

ein Signal für jeden Genossen in Gewerkschaft und Betrieb oder wo sonst er Gelegenheit dazu hat, für die Einheitsfront einzutreten, für den geeinten Kampf des internationalen Proletariats, der jedem imperialistischen Krieg Halt gebietet.

Dieses Signal sollte um so mehr beachtet werden, als nicht zu erwarten ist, daß die II. Internationale plötzlich zu einer revolutionären Kraft wird, nur weil Vandervelde die Notwendigkeit des Kampfes eingesehen hat. Es bleibt nach wie vor die Aufgabe jedes einzelnen Arbeiters, die Führer, die sich bisher so schlecht bewährt haben, zu nötigen, den Kampf aufzunehmen oder ihren Platz denen freizumachen, die ihn führen wollen.

Alarm!

Daß die Arbeiterorganisationen alle Ursache haben, wachsam und kampfbereit zu sein und den unfruchtbaren Bruderkampf untereinander einzustellen, beweisen die Vorgänge hinter den Kulissen der Reichsregierung, von denen immerhin soviel an die Öffentlichkeit dringt, um die großen Gefahren der nächsten Zeit erkennen zu lassen.

So verlautet vor allem, daß Schleicher beabsichtige, Gregor Straßer zum Vizekanzler und Preußenkommissar zu ernennen! Jenen Straßer, von dem der gegen Arbeiterführer gerichtete Satz: „... und gehenkt wird doch!“ bei der Arbeiterschaft noch in schlechter Erinnerung ist. Auch von einer Kombination Straßer-Hugenberg-Stegerwald (!) wird gemunkelt. Tatsächlich war Hugenberg nach seinem Besuch bei Schleicher auch noch bei Hindenburg. Die Regierung, die sonst so dementierfreudig ist, bemüht sich diesmal nicht einmal ihre Maske zu wahren und läßt nur erklären, daß „einstweilen“ über die Umbildung des Kabinetts noch nichts entschieden sei und „noch alle Eventualitäten offen“ stehen.

Außerst wichtig sind in diesem Zusammenhang die Drohungen des Schleicherkabinetts mit neuen Terrorverordnungen und Presseknobelnungen. Es handelt sich um jene Verordnung, die Schleicher schon seit seiner Rundfunkrede gegen die Kommunisten (!) in der Schublade liegen hat. Wenn jetzt von ihr vor allem im Zusammenhang mit den Angriffen auf die Regierung durch den Reichslandbund und durch den „Völkischen Beobachter“ die Rede ist, so ist das nur ein Versuch der „Tarnung“ der Absichten Schleichers. Handelt es sich doch hier im Grunde um Organe jener Machtgruppen, mit denen sich Schleicher gerade enger verbinden will. Die neuen Maßnahmen werden sich also gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen richten!

täglich 1000 Tonnen Gelbkreuz herstellen können; Deutschland produzierte während des ganzen Weltkrieges „nur“ 9000 Tonnen Gelbkreuz!

Hoover hat sein Veto gegen die Unabhängigkeit der Philippinen ausdrücklich mit der Gefahr einer diesen Inseln drohenden „Invasion aus dem Fernen Osten“ begründet und hat dieses Veto vorher mit dem Kriegeminister besprochen. Die Philippinen sind für die USA nicht nur ihr wichtigster strategischer Stützpunkt im Stillen Ozean, sondern ein bedeutender Vorposten gegen Asien.

Reuter und Europa-Preß berichteten kürzlich über ein chinesisch-amerikanisches Geheimabkommen über die Anlage

amerikanischer Flottenstützpunkte auf der Hainan-Insel (an der Südküste Chinas) und an einigen Stellen der chinesischen Ostküste bis nach Kiautschau im Norden. Als Gegenleistung sollen die USA der Nanking-Regierung Kriegsmaterial und Anleihen (15 Millionen amerikanische Dollar) zur Verfügung gestellt haben.

Kurz: die Spannung zwischen Japan und den USA verschärft sich stark. Die Amerikaner würden zweifellos gern sehen, wenn Rußland die Japaner etwas in Schach hielte. Hinter der russisch-chinesischen Aussöhnung soll amerikanische Ermunterung stecken, und von Roosevelt sagen seine Parteifreunde, daß er Verhandlungen über die Anerkennung der Sowjetregierung anbahnen würde. Die amerikanischen Demokraten weisen dabei bissig darauf hin, daß die Streichung der zaristischen Schulden durch die Sowjets kein stichhaltiger Grund für die Nichtanerkennung der Sowjetregierung mehr sein könne, seitdem auch andere Schuldner, insbesondere Frankreich, ihren Verpflichtungen gegenüber den USA nicht nachkämen.

Der dritte Imperialist am Stillen Ozean ist England. Es ist vor allem daran interessiert, daß weder Japan noch Amerika in diesem Gebiet eindeutig überlegen ist. Mögen sich diese beiden bedrohen und gegenseitig in Schach halten; England wird sich bis auf weiteres nicht auf die Seite des einen oder anderen schlagen; wird abwarten; wird als Vermittler seine Hand mit an der Beute haben. Natürlich

wird England einer der eifrigsten Hüter der „offenen Tür“ in China sein. Es wird also nichts dagegen haben, daß Japan die Mandschurei und den Norden Chinas endgültig einsteckt, wenn nur England im Süden oder an anderer Stelle Chinas ein entsprechendes Stück der Beute bekommt.

Diese Beute braucht nicht in der plumpen japanischen Form der Annektion ganzer Provinzen eingesteckt zu werden — England kennt unauffälligere, vielleicht billigere Formen der kapitalistischen Erschließung von Märkten. Auf der Grundlage einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Verständ-

igung über eine derartige Teilung der chinesischen Beute wäre die freundliche Behandlung, die England neulich in Genf den Japanern zuteil werden ließ, verständlich.

Frankreich ist am Stillen Ozean zwar auch, aber doch weniger stark interessiert als die anderen. Seine Stellungnahme in Genf wird wohl mehr von europäischen Interessen her bestimmt. Frankreich ist eine am Völkerbund besonders stark interessierte Großmacht. Dieses Interesse zielt ab teils auf Sicherung gegen den Bolschewismus; teils auf Garantie für Versailles; im ganzen auf die Organisierung der französischen Vormachtstellung auf dem europäischen Kontinent. Frankreich ist also daran interessiert, daß der Völkerbund nicht an der Belastungsprobe, auf die ihn der ungestüme japanische Imperialismus gestellt hat, vollends zerbricht. Also: Vorsicht gegenüber Japan, damit dies nicht den Völkerbund sprengt; andererseits mögliche Vermeidung einer noch weiteren Blamago des Völkerbundes vor der Welt.

Die Imperialisten, die um ihren Beuteanteil am chinesischen Volkskörper handeln, haben in Genf keinen Gegenspieler. Denn

„China“ ist in Genf nicht vertreten,

aus dem einfachen Grunde, weil es China als politisch organisierte nationale Macht gar nicht gibt. Die Nanking-Regierung hat mit einer Zentralregierung kaum mehr gemeinsam als den Namen und die zentrale Einkassierung des unter Kontrolle der fremden Mächte stehenden Seezolls. Eine andere Rolle als die eines Mit-Konkurrenten um die Beute auf Kosten des chinesischen Volkes ist in der Politik Nankings nicht zu erkennen. Dabei steht hinter dieser Politik derjenige Imperialismus, von dem Nanking finanziell abhängig ist. Auf diesem Wege kann auch der amerikanische Imperialismus, obwohl nicht unmittelbar in Genf vertreten, dort ein Sprachrohr finden.

Im ganzen: ein äußerst abstoßendes Bild, das die Frage nach der Fernost-Politik der einzigen nicht-imperialistischen Großmacht aufdrängt und damit die Frage der russischen Außenpolitik überhaupt.

Verschärfter Krieg in China.

Nach chinesischen und japanischen Meldungen hat eine chinesische Gegenoffensive an den Grenzen der Provinz Jehol und der mandschurischen Provinz Fengtien

von neuem heftige Kämpfe eingeleitet. Der Gegenstoß soll bis in die Mandschurei hineinreichen und die rückwärtigen Verbindungen und Stützpunkte der Japaner erfolgreich angegriffen haben. 30 000 chinesische Freischärler sollen an den neuen Kämpfen beteiligt sein.

Auch in der ostmandschurischen Provinz Kirin kämpfen von neuem chinesische Freischärler — japanische Meldungen sprechen von 11 000 Mann — gegen die Japaner.

Sowohl die Chinesen als auch die Japaner ziehen neue Truppen heran. 25 chinesische Transportzüge sollen auf der Bahn Hankau-Peking liegen. Tschiang Kai-Schek soll von 200 000 Mann gesprochen haben, die er mobilisieren werde; die neuesten chinesischen Zeitungen sprechen von einem bereits zusammengezogenen Heer von 400 000 Mann. Es würden in aller Eile Vorbereitungen getroffen, um dieses „Heer“ gegen die Japaner einzusetzen. Das japanische Oberkommando hat beschlossen, die japanischen Truppen bei Schanghaikwang um zwei neue Brigaden zu verstärken.

Nanking hat dem Generalsekretär des Völkerbundes und den nicht-japanischen Signatarstaaten des sogenannten Boxerprotokolls von 1901

(USA, England, Frankreich, Italien, Belgien, Spanien, Holland) eine Protestnote gegen das Vorgehen Japans über-

mittelt. Japan habe das Protokoll verletzt. Japan andererseits beruft sich für sein Vorgehen bei Schanghaikwang auf einen Nachtrag zum Boxerprotokoll. Man sieht:

neue Genfer Kommissionen würden einen ausgedehnten juristischen Gesprächsstoff finden.

Das Boxerprotokoll, das den Chinesen 1901 aufgezungen worden ist, verbietet ihnen, an der Bahn von Peking zum Meer Truppen zu halten.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat die neuen Genfer Unterhaltungen bereits am Sonnabend mit dem

Vorschlag einer neuen „Einigungsformel“, die den Wünschen der japanischen und der chinesischen Regierung Rechnung trägt,

begonnen. Rußland und die USA haben jede Teilnahme an den Genfer Vermittlungsverhandlungen abgelehnt.

Der japanische Ministerpräsident meint, daß „aus außenpolitischen Rücksichten“

das japanische Parlament nicht, wie vorgesehen, am 20. Januar zusammentreten, sondern sich auf unbestimmte Zeit vertagen solle.

Er verhandelt über diese Meinung mit den Parteiführern.

In Moskau wird im Reichsausschuß des Völkergesandtschafts der Sowjetunion der Staatshaushalt für 1933 beraten. In einer Meldung aus Moskau heißt es, daß wegen der außenpolitischen Spannung im Fernen Osten eine Herabsetzung der Ausgaben für Armee, Marine und Luftflotte nicht in Frage komme.

Zeitungen laufen Gerüchte um, Vorbereitungen zu einer allgemeinen Mobilmachung seien im Gange, die ungarische Regierung habe alle Reserveoffiziere zum 1. März zu den Waffen gerufen, männlichen Personen im Alter von 18 bis 36 Jahren würden die Pässe künftighin verweigert werden u. s. w. Es erübrigt sich fast, zu melden, daß in Budapest erklärt worden ist, diese Gerüchte seien glatte Erfindungen, und Ungarn sei derartige Hetzkampagnen bereits gewohnt. Ob die tschechischen Meldungen wahr sind oder nicht, die bloße Tatsache der Verbreitung solcher Gerüchte ist eine hinreichende Kennzeichnung der Lage in Osteuropa!

De Valera, König von Irland.

In einer Wahlversammlung der Cosgrave-Partei in Dublin erschienen Anhänger DeValeras, die die Rede Cosgraves durch dauernde Rufe wie „Es lebe De Valera!“ und „Wir wollen DeValera zum König von Irland machen!“ störten. Da Fianna Fail, die Partei des irischen Ministerpräsidenten, sich für die Errichtung einer irischen Republik einsetzt, ließe sich hier das Wort des sächsischen Königs anwenden: „Ihr seid mir scheene Reubli-ganer!“

Die spanischen Flüchtlinge in Portugal.

Die in der Sylvesternacht aus der spanischen Strafkolonie Villa Cienceros entflohenen spanischen Monarchisten sind nach vierzehntägiger Seereise in Portugal gelandet, wo die faschistische Regierung ihnen das Asylrecht gewährt hat.

Ein lohnendes Geschäft.

In Barcelona wurde ein Polizist verhaftet, nachdem entdeckt worden war, daß er einen schwunghaften Waffenhandel betrieb. Er verkaufte Pistolen und andere Waffen zu äußerst günstigen Preisen an Syndikalisten und ergänzte auf diese Art sein Gehalt.

Die Bildung der neuen griechischen Regierung ist dem Führer der Progressiven Partei, Kaphandaris, übertragen worden.

Die Lage der südafrikanischen Regierung hat sich wider Erwarten durch das endgültige Scheitern der Koalitionsverhandlungen wesentlich gebessert. Man nimmt an, daß die Pläne des Herrn Tielman Roos, der eine Regierung auf breiter nationaler Grundlage zustandebringen wollte, jetzt begraben und die Aussichten der Regierung Hertzog besser denn je seien.

Die neue rumänische Regierung ist von Vajda Wojwod gebildet worden.

Wie stehen die französischen Sozialisten zur Regierung?

Die Frage, wie die S.F.I.O. (Französische Sektion der II. Internationale) sich zur Beteiligung an der Regierung stellen soll, spielt in der Partei schon seit langer Zeit eine große Rolle und wird in der Parteipresse besonders seit dem Sturz der Regierung Herriot wieder in steigendem Maße erörtert. Angesichts der kritischen Lage, in der die Regierung Paul-Boncour sich wegen der Sanierung des Budgets befindet, ist die Stellung der S.F.I.O. zu der Frage, ob sie bereit ist, eine Regierungskoalition einzugehen oder eine radikalsozialistische Regierung zu tolerieren, wieder von aktueller Bedeutung.

Am Dienstag wird der Kammer das zweite Budgetzwölftel vorgelegt werden. Der Inhalt des Finanzplanes der Regierung ist bisher nur den Gewerkschaften bekanntgegeben worden, die daraufhin die Beziehungen zu der Regierung abgebrochen haben. Daß der Plan drei Punkte enthält, die den Forderungen der S.F.I.O. widersprechen, ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen. Diese Punkte sind: Senkung der Beamtengehälter, Erhöhung der Verbrauchssteuer, unzulängliche Senkung der Rüstungsausgaben.

Der rechte Flügel der Partei unter Renaudel erklärt jetzt offen, auch im „Populaire“, die sozialistische Partei hätte in eine Regierung Paul-Boncour mit eintreten sollen. Niemals ist diese Forderung so deutlich von diesem Flügel ausgesprochen worden — was besonders wichtig ist angesichts der Tatsache, daß die Zugeständnisse, die Paul-Boncour zu machen bereit war, viel weniger weit gingen als die Herriots im vergangenen Sommer. Dieser rechte Flügel der sozialistischen Partei, der von Monat zu Monat mehr nach den Ministersesseln schielt, scheint auch innerhalb seiner Partei an Macht zu gewinnen.

Mit Recht weist der linke Flügel der sozialistischen Partei, deren Wortführer jetzt Lebas ist, darauf hin, daß solche Koalitionsregierung die Gefahr in sich schließt, daß die großen Fehler der deutschen Sozialdemokratie sich in Frankreich wiederholen werden. Weder Regierungsbeteiligung, noch unbedingte Unterstützung einer radikalen Regierung (nach dem Grundsatz des kleineren Übels), sagt Lebas. Der Parteisekretär Paul Faure, der auch dem linken Flügel angehört, erklärt offen,

daß er wenig von der „armen Politik der parlamentarischen Kulisen“ hält und einen wesentlichen Fortschritt nur auf dem Wege der gewaltsamen Revolution für erreichbar hält.

Nach Ansicht von Lebas hätte die sozialistische Partei nicht für das erste Budgetzwölftel stimmen sollen und darf auch nicht für das kommende zweite Zwölftel stimmen, und zwar hauptsächlich wegen der Höhe der Rüstungsausgaben, selbst wenn dies zum Sturz der Regierung führen wird. Bei der Abstimmung über das erste Zwölftel hat er seine Ansicht nicht durchsetzen können und darum auch selber für die Regierung gestimmt. Wie wird es ihm und seinen Freunden bei der Abstimmung über das zweite Zwölftel ergehen?

Dabei kommt viel auf die Stellung Léon Blums und der Mittelgruppe der Partei an, die einstweilen noch ausschlaggebend ist. Ihre Ansicht wird im „Populaire“ vom 8. Januar wiedergegeben. Blum sucht wie immer nach einer einigenden Formel: Er findet sie dieses Mal in der Losung, die Sozialisten sollten gemäß dem Willen der Wähler der jüngsten Kammerwahlen handeln. Solange die Stützung einer radikalen Regierung mit diesem Volkswillen in Übereinstimmung ist, sollen die Sozialisten eine solche Regierung stützen, aber nur so lange. Aber wofür hat sich dieser Volkswille am 1. und 8. Mai bei den Wahlen eingesetzt? Für gewisse Forderungen, antwortet die Parteileitung, die dem Programm der Radikalen und der Sozialisten gemeinsam sind: Wahrung des Friedens durch erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben, Verstaatlichung des Versicherungswesens und der Eisenbahnen, Verkürzung der Arbeitszeit, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsbeschaffung. Solange die Radikalen bei diesen — ihren eigenen — Forderungen bleiben, sollen sie die Unterstützung der Sozialisten haben. Sobald sie aber diesen Forderungen zuwiderhandeln — und das kann gerade bei Gelegenheit des zweiten Budgetzwölftels eintreten — werden die Sozialisten sich gegen sie wenden und sie, wenn nötig, zu Fall bringen. Dann freilich, so fährt Blum fort, sollen die Sozialisten auch die Regierung übernehmen, wenn sie ihnen angeboten wird.

„Ich bin der Meinung, daß die sozialistische Partei immer bereit sein soll, die Regierung zu übernehmen, daß sie niemals die ihr angebotene Regierung ausschlagen soll, selbst wenn das Angebot offen den Charakter einer List oder einer Falle zeigt.“

Bei solcher Auffassung hat man den Eindruck, daß auch die Parteimitte nach rechts gerückt ist.

Fast erweckt diese Debatte, die zunächst nur in der Presse, bald auch im Parteiausschuß und der Kammerfraktion geführt wird, den Anschein, als ließen die Auffassungen der Mehrheit der Sozialisten in der Kammer nur die beiden Lösungen zu, entweder die Regierung zu unterstützen und also eine Tolerierungspolitik nach bekanntem deutschem Muster zu treiben, oder die Regierung zu stürzen und dann selber die Regierung nach ebenso bekanntem englischen Muster zu übernehmen, — beides gleich verderbliche Taktiken.

Diese Konzentrierung der Aufmerksamkeit auf die parlamentarische Stellung der Partei zur Regierung hat zu dem Ergebnis geführt, daß die Partei einerseits so gut wie ganz darauf verzichtet, einen außerparlamentarischen Druck auf die Regierung auszuüben — worin sie sich erheblich von den Gewerkschaften unterscheidet — und andererseits ihre Stimmen zum Gegenstand fragwürdiger Tauschgeschäfte macht. Gerhard Kumbelen (Paris).

Die französische Regierung trat am Sonnabend zu einem fünfständigen Ministerrat zusammen, in dem die Finanzvorlage Chérons noch einmal geprüft und gebilligt worden ist. Die Regierung bleibt bei ihrem Beschluß, die Beamtengehälter zu kürzen, will aber die Pensionsrechte der ehemaligen Kriegsteilnehmer nicht angreifen. Stattdessen wird beabsichtigt, eine staatliche Lotterie einzuführen, deren Erlös der Pensionskasse ehemaliger Kriegsteilnehmer zugehen soll. Die Gehälter der Minister werden um 10 Prozent gekürzt.

Paul-Boncour hatte eine weitere Aussprache mit dem Sonderausschuß der sozialistischen Kammerfraktion, der der Regierung angeblich die Unterstützung der sozialistischen Fraktion zugesagt hat für den Fall, daß die Gewerkschaften damit einverstanden seien.

Der Krieg am Amazonas geht wieder los.

De Valera, der amtierende Präsident des Völkerbundesrates, hat Ende der vergangenen Woche an die peruanische und die kolumbische Regierung telegraphiert und sie zum Frieden ermahnt. Der peruanischen Regierung hat er seine Ueberzeugung ausgedrückt, daß Peru als Mitglied des Völkerbundes sich von allen Maßnahmen enthalten werde, die nicht vollständig in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Völkerbündpaktes stehen.

Einen Tag später (am Sonntag) kommt aus Buenos Aires die Meldung, daß die kolumbische „Kriegsflotte“, nach mehrtägigem Stillliegen auf dem Amazonas, nach Leticia, der wiederzuerobernden Stadt, weitergefahren sei; daß Infanterie und Artillerie im Gebiet um Leticia zusammengezogen würden und kolumbische Flieger bereits dort kreisten, wo für die nächsten Tage Kämpfe erwartet werden.

Vor einer Woche meldeten wir, daß die brasilianische Regierung die Peruaner und Kolumbier an den Verhandlungstisch gebracht hätte und daß ein Waffenstillstand für 90 Tage abgeschlossen worden sei. Aus den Friedensverhandlungen ist jedoch nichts geworden: weder der peruanische noch der kolumbische Gesandte in Rio de Janeiro sind zu den vorgeschlagenen Ausgleichsverhandlungen im brasilianischen Außenministerium erschienen.

Das osteuropäische Pulverfaß.

Um die Revision der Verträge.

Im Osten Europas ist die hohe Diplomatie weniger vorsichtig als in den Ministerstuben der westlichen Großmächte. Daher wird im Osten auch bereits unentwegt über „Revision der Verträge“ gesprochen, während im Westen nur die weniger aggressive Formel der „Gleichberechtigung“ auf der Tagesordnung steht.

Bereits auf der letztvergangenen Tagung der Kleinen Entente war davon die Rede, daß die Ententemächte sich, angesichts der wachsenden Revisionsbestrebungen ihrer Nachbarn, enger zusammenschließen müßten.

Am Sonnabend hat der ungarische Außenminister in einer Rede erklärt, daß Ungarn von der Forderung der Revision der Friedensverträge nicht abgehen würde, die eine Voraussetzung für den Frieden sei.

Der tschechische Außenminister Benesch erklärte in einer Rede, er fürchte sich vor den Revisionsbestrebungen seiner Nachbarn nicht. Wenn die Kleine Entente nicht wäre, hätte es in Europa schon längst wieder einen Krieg gegeben.

In der Tschechoslowakei werden über die Absichten Ungarns in bezug auf die Revision der Verträge weit alarmierendere Nachrichten verbreitet, als die, daß Ungarn an dieser Forderung weiterhin festzuhalten entschlossen sei. In Prager

Die Partei der Verbrecher.

In der Zeitung der „revolutionären Nationalsozialisten“ um Otto Straßer wurde folgendes Urteil eines Mannes, der aus Erfahrung spricht, über die NSDAP abgegeben:

„... abgesehen von der weltanschaulichen Verurteilung dieser volkszerstörenden Hetze hat gerade die Hitlerpartei am wenigsten Ursache, anderen gegenüber das Schimpfwort „Untermensch“ anzuwenden. Wir revolutionären Nationalsozialisten kennen aus einer fast dreijährigen halbvollen Verfolgung, aus mehreren Dutzend heimtückischer, gemeiner Mordüberfälle das Gesicht und das Wesen dieser Partei und stellen vor aller Öffentlichkeit fest, daß keine Partei, keine Organisation in Deutschland so infam, so gemein, so ehrabschneiderisch, so feig, so schurkisch handelt wie die Hitlerpartei.“

Die Zeitung setzt hinzu: „Da der Artikel gezeichnet ist, kann Herr Hitler als Vorsitzender der Partei klagen —, der Wahrheitsbeweis wird in vollem Umfang angetreten!“

Ausschlüsse aus der Kasseler SS.

Der „Reichsführer der SS“ hat sieben SS-Leute, zum Teil Sturm- und Truppführer, „wegen Disziplinlosigkeit“ aus der Kasseler SS ausgeschlossen. Der Ausschluß steht im Zusammenhang mit Vorgängen bei dem Dienstappell einer SS-Standarte, zu dem von SS-Leuten gegen ihre eigenen „Kameraden“ Polizeischutz herbeigerufen wurde, der dann eine ganze Anzahl gefährlicher Waffen beschlagnahmte. So sieht also „Disziplinlosigkeit“ bei den Nazis aus. Nachträglich behauptet die NSDAP nach altem Brauch, daß es sich um „unsichere Elemente“, um „Spitzel und Provokateure“ gehandelt habe. Was sich alles in der SS und SA so breit machen kann!

Fußball Stegmans vor Hitler.

Der von Hitler unter unwürdigsten Umständen seines Amtes entsetzte Gruppenführer der SA von Mittelfranken, der Abgeordnete Wilhelm Stegmann, hat nach einem Besuch bei Hitler folgende schriftliche Erklärung abgegeben:

„Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe, daß mein Verhalten von ihm mit Recht getadelt wurde, habe ich aus eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam meine Pflicht zu tun. gez.: Wilhelm Stegmann.“

Einer dieser nationalsozialistischen „Führer“ ist in der Tat des andern würdig! Was mag der treue Knabe alles verbrochen haben, daß er sich zu einem derartigen Fußfall vor Hitler erniedrigen mußte?!

SS-Mann überfällt sich selber.

Der Polizei in Düsseldorf ist es gelungen, einen „Ueberfall“ auf einen SS-Mann aufzuklären. Der Nationalsozialist Gallasch hat gestanden, daß er sich aus Versehen selber in den Oberschenkel geschossen hat, als er irrümlicher Weise glaubte, politische Gegner lauerten ihm hinter einem Komposthaufen auf, und er auf diese Trugbilder seiner Angst schoß. Der wackere SS-Recke hatte nach der Tat seine Pistole weggeworfen und einige Erkräther Arbeiter der Tat bezichtigt. Die nationalsozialistische Lokalpresse hatte von dem „Ueberfall“ berichtet unter der dreispaltigen Balkenüberschrift: „Rote Terror-Gruppe schießt einen SS-Mann nieder.“

**Politische Zusammenstöße
Polizei erschießt Kommunisten.**

In Köln kam es am Sonntag anläßlich eines Aufmarschs der NSDAP wiederholt zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Die Polizei „räumte“ in der Gegend des Waidmarkts mehrfach die angrenzenden Straßen. Dabei erschöß ein angeblich tötlich angegriffener Polizeibeamter einen Kommunisten.

In Berlin gerieten am Sonnabend gegen Abend in der Kleinen Alexanderstraße Nationalsozialisten und Kommunisten aneinander. Zwei Nationalsozialisten wurden durch

Nationalismus rechts und links.

Am 10. Januar veranstaltete der „Stahlhelm“ in Essen auf dem Burgplatz eine Kundgebung anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Tages, an dem Poincaré 40.000 Soldaten unter Führung des Generals Degoutte ins Ruhrgebiet entsandte, um „die Tätigkeit des Kohlsyndikats zu beaufsichtigen“, wie die Begründung lautete.

Heute wie damals eine willkommene Gelegenheit für Nationalisten aller Schattierungen zur Propaganda ihrer völkerverhetzenden, mörderischen Absichten. Der Burgplatz war gedrängt voll. Mit viel „Trara“ und „Front-Heil“ ging die Kundgebung vonstatten. So manches teutsche Auge leuchtete, als schneidige Kommandorufe ertönten, wie: „Stillgestanden“, „Augen rechts“, „Rührt Euch“. Dann wurde mit voller Kehle eingestimmt in: „O Deutschland hoch in Ehren“ und „Wir treten zum Beten“.

Aus der Rede:

„Wir fühlen uns eins mit all den Opfern der damaligen Zeit. Wir werden alle nationalen, aufbauwilligen Kräfte zusammenschließen, um die Schmach von Versailles zu tilgen.“

Einen Tag später auf demselben Platz und aus gleichem Anlaß eine Kundgebung der KPD.

Wer geglaubt hatte, nun eine wuchtige Antikriegskundgebung zu erleben, der wurde schwer enttäuscht.

Auferufen hatte die KP unter der Parole: „Für nationale und soziale Befreiung!“

Der Burgplatz zeigte große Lücken. Ich habe eine so schlechte Demonstration der KP in Essen noch nicht gesehen.

Aus der Rede:
Wir werden einem imperialistischen Krieg den Bürgerkrieg entgegensetzen. Im übrigen, Kampf gegen Versailles. Dieser Schandfrieden war nur möglich durch die Zustimmung von Sozialdemokraten bis zu den äußersten rechten. Deshalb (!) jetzt verschärfter Kampf gegen SPD und ADGB. Die schlechten Betriebsratswahlergebnisse auf den Zechen „De Wendel“ und „Beckerweert“ sind nur die Folge schlechter Propaganda für die Listen der RGO. Darum jetzt verstärkte Propaganda für die RGO, denn es ist nicht egal, in welchen Händen diese wichtigen Betriebsfunktionen liegen. Namentlich nicht bei einem Kriegsausbruch.

Diese Rede zeigt, daß manche auch aus der Erfahrung nichts lernen, sie können nur durch den „Druck der Arbeiter von unten“ zur Vernunft gebracht werden.

H. Rase.

Messerstiche verletzt. Die Polizei verhaftete drei Kommunisten. — In der Nacht zum Sonntag ereigneten sich in Berlin weitere politische Zwischenfälle. So wurde in der Boyenstraße auf ein nationalsozialistisches Verkehrslokal geschossen, wobei ein Nationalsozialist einen Bauchschuß, ein anderer einen Unterschenkelschuß erhielt. In Berlin-Britz wurden bei einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten zwei Kommunisten verletzt. In Berlin-Neukölln kam es in einem Lokal in der Juliusstraße zu einer Schießerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der zwei Personen verletzt und erheblicher Sachschaden angerichtet wurde.

In Wuppertal-Barmen stieß am Freitag ein Demonstrationszug der Nazis auf eine größere Gruppe Kommunisten. Es kam zu einer Schlägerei, bei der auch Schüsse fielen. Erst als die Polizei anrückte und Schreckschüsse abgab, konnte dem Wüten der feindlichen Parteien ein Ende gemacht werden. Ein Mädchen wurde schwer verletzt, zahlreiche Personen erlitten leichte Verletzungen.

In Hamburg entwickelten sich zwischen Nationalsozialisten, die von einer Kundgebung heimkehrten, und Kommunisten Schlägereien, bei denen auch geschossen wurde. Ein Nationalsozialist und ein Kommunist erhielten Stichverletzungen, ein angeblich Parteilooser einen Unterschenkelschuß. Acht Personen wurden verhaftet.

In Altona fanden ebenfalls Schießereien zwischen Nazis und Kommunisten statt. Ein Unbeteiligter erlitt eine Kopfverletzung.

**Fünf Antifaschisten getötet.
Bilanz der ersten Januarwoche.**

Nach Mitteilungen der „Roten Hilfe“ wurden in der Zeit vom 1. bis 8. Januar fünf Antifaschisten getötet, und zwar von der Polizei ein Mitglied der KPD, von Faschisten: ein KP-Mitglied, ein Angehöriger des Kommunistischen Jugendverbandes, ein Angehöriger der SAJ und eine parteilose Frau. Sämtliche Morde entfallen auf Preußen, das bekanntlich seit Einsetzung der Kommissariatsregierung ein „Muster der Ruhe und Ordnung“ geworden ist!

Am Freitag starb der SA-Scharführer Stenzel an den Folgen einer vor etwa zehn Tagen erlittenen Verletzung. Stenzel geriet seiner Zeit mit dem Mitfahrer eines Lieferwagens in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf er eine geringfügige Verletzung im Gesicht erlitt. Durch Hinzutreten einer Gehirnentzündung ist der Verletzte jedoch gestorben. Der Täter, ein Zimmermann aus der Gerichtsstraße namens Trantow, dessen Parteizugehörigkeit unbekannt ist, wird wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang angeklagt werden.

A.N. Die Roten Studenten in Berlin veranstalteten am Sonntag eine wuchtige Liebknecht-Luxemburg-Feier. Jeder Programmpunkt war ein Protest gegen die Reaktion und ihr Treiben. Besonders kraftvoll waren die proletarischen Chorgesänge nach den Kompositionen von Eisler und Wolpe, sowie die revolutionären Arbeiterlieder, die Busch sang.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Kampf gegen den Krieg. Es wurde aus den Werken von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vorgelesen, ebenso ein Gedicht von Johannes R. Becher gegen den Krieg. Von Ludwig Renn, der noch immer im Gefängnis sitzt, wurde die Dichtung „Es wird eine neue Welt geboren“ aufgeführt.

Auch Weinert und Kästner kamen mit ihrem bitteren Hohn zum Wort. Ebenso der hingerichtete französische Dichter-Aufrührer des XVI. Jahrhunderts, François Villon.

Das aktuelle Margarineproblem wurde in einer „Margarineballade“ von einem Mitglied der Schauspielergruppe 1931, die auch sonst wesentlich zum Programm beisteuerte, behandelt.

Hilferdings Parole des „Reformierens des Kapitalismus“ wurde der Verachtung und dem wohlverdienten Gelächter preisgegeben, auch Goebbels bekam sein Teil durch eine Parodie seines Romans „Michael“. — Den Schluß der Feier bildete der gemeinsame Gesang: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“

Die Liebknecht-Luxemburg-Feiern der KP in Berlin waren trotz der Kälte sehr stark besucht. Trotz starken Polizeiaufgebots kam es nur zu unwesentlichen Zusammenstößen.

**Morgenveranstaltung
des „Funken“.**

Am Sonntag, dem 5. Februar, um 11 Uhr, findet in der „Kamera“, Unter den Linden 14, eine Morgenveranstaltung des „Funken“ statt mit dem Thema:

Aechtung des Krieges!

Unter anderen haben ihre Mitwirkung in Aussicht gestellt:

Ernst Busch, Ernst Glaeser, Alexander Granach, Erich Mühsam, Theodor Plivier, Agnes Straub, Ernst Toller.

Der Preis der Eintrittskarten beträgt 1,— Mark und 1,50 Mark, für Erwerbslose 0,50 Mark. Der Reinertrag geht dem Pressefonds des „Funken“ zu.

A. M. FREY



(2)

DIE PFLASTERKÄSTEN

Unberechtigter Nachdruck verboten. Copyright 1928 by G. Kiepenhauer Verlag AG. Berlin

Sie erleben, wie heftige Sonne nicht enden wollend herunterknallt auf ihr niederes Wagendach, und wie in nächtlichen Gewittern ein johlender Regen ihre kleine Behausung fast ersäuft. Die Ritzen der Türen sind Quellen für kleine Rinnsale, langsam fangen die leeren Zigarettenschachteln zu schwimmen an. Sie ziehen die Boine vom Boden auf die Bänke. Im Hieb der Blitze, die zu den schmalen Fensterchen hereinpötern, sehen sie ihre Gesichter maskenhaft, gegeneinander gerichtet, grünlich und starr. Es sieht nicht schön aus, und der Holzer will über dumme Verlegenheit hinweghelfen, drum sagt er: „Mir scheint, wir ham a kleine Nachtübung, Vorübung für da draußen — mit Ueberschwemmung und Donnerkrach.“

Er weiß nicht, wie grauenhaft er die Wahrheit spricht, wenn er betont, daß diese „Übung“ nur „klein“ ist.

Dann wird es ruhiger, das Unwetter zieht ab, und der Zug läuft sanft wie auf Watteschienen — nach all dem Spektakel. Sie schlafen strumpfig ein, zusammengeknüllt, den tranigen Stiefel über sich im Gepäcknetz, den ungewaschenen Kopf auf dem Kalbfell des Tornisters. Sie schlafen, mehr ermüdet von den vielen Gedanken ins Leere als körperlich erschöpft.

So kriechen sie tagelang dahin. Manchmal stehen sie auch einen halben Tag. Dann wieder schleichen sie eine Stunde rückwärts; darüber zerbrechen sie sich den Kopf. Der Trambahner, der über Geleise und Rangieren am meisten Bescheid weiß von den dreien, vermutet, man müsse aus plötzlichem Grund die Strecke frei machen. „Wißt ihr, die brau-

chen vielleicht Platz für einen Hofzug, für einen Zug vom Großen Generalstab.“

Aber der Bader Stöger sagt zaghaft und lächelnd mit einer vom Glück verklebten Stimme: „Am Ende ist gar der Krieg schön stad zu End' gegangen, und sie fahren uns wieder heim.“

Alle drei bekommen ein Leuchten in ihre verschmutzten Gesichter, sie glauben nicht an das, was der Bader spricht, aber es ist so verlockend, daß die lächerliche Hoffnung einfach mit ihnen durchgeht.

Der Zug geht nicht durch. Er trödelt immer verlorenere. Da steht er abermals. Und steht so lange, in den Abend, in die Nacht hinein, daß man ihn und seine Insassen überhaupt vergessen zu haben scheint.

Vergessen zu sein, ganz heimlich von dieser gefährvollen Oberfläche des Krieges weggesunken zu sein, wäre auch ganz schön. Nutzlose Ueberlegung — um Mitternacht kommen sie jählings in Schwung, heftiger denn je nach „vorn“, kälter, härter, schleppender, als gelte es eisern, sämtliche Verspätungen dieser Tage einzuholen.

Wenn sie einmal an einer Fütterungsbaracke, zwischen hundert rußigen Geleisen, einen Heeresbericht angeklebt entdeckten, sehen sie nach, ob der Krieg nicht doch mittlerweile aus ist. An den ersten drei Worten erkennen sie, daß er eifrig weiter geht — und sie stellen das Lesen ein, denn das übrige interessiert sie nicht recht.

Später, wie sie wieder rollen, kommen sie auf den Heereszettel zurück. Eigentlich muß die Schweinerei ja bald zu Ende sein, denn — und nun beginnen die Debatten Sie werden so geführt, unabänderlich logisch, mit den krampfhaften Argumenten für das nahe Friedensbedürfnis der Feinde, wie sie wachsend verzweifelt drei weitere Jahre hindurch von Millionen Mündern geführt worden sind.

Sie überschreiten die Grenze nach Belgien hinein. Der Schaffner fühlt sich halb als Held, halb freilich auch immer unerbittlicher von den Brauhäusern der Vaterstadt getrennt. Immerhin dünkt man sich jetzt wichtiger als je zuvor im

Leben, hier und da bekommt man auch jemanden von der Zivilbevölkerung zu sehen, wenn der Eisenbahnwagen günstig irgendwo neuerdings ins Stocken gerät, vor einem Hause — häufig hier im Lande, wo sich Haus an Haus zu reihen scheint — eine fremdglotzende Arbeiterfrau, ein verschüchtertes Kind, und da wäre es angebracht, ein wenig stattlicher dreinzuschauen als man es tut, denn man ist seit Tagen nicht nur ungewaschen, das wäre nicht so schlimm, man ist auch unrasiert.

Doch wozu fährt ein Bader mit? Der Bader muß sein Messer aus dem Tornister holen. Ein Kaffeestück im Feldkessel ersetzt das Wasser für die Seife — und die Schaberei kann beginnen. Sie währt lange, denn sie wird durch das Fahren des Zuges unterbrochen; nur wenn er steht, kann man das Messer ansetzen. So erleidet der Schaffner das Schicksal, drei Stunden eingeseift dazusitzen. Er hat es unglücklich getroffen.

Ernstlich mit sich zu Rate gehen muß man aber erst, als man vom Belgischen ins Französische gerät. Schau an, die Franzosen haben Bahnhöfe und Stellwerke gebaut, die nicht viel anders aussehen als die unsern. Und Schienen und Weichen scheinen sie genau so zu legen wie wir. Warum vertragen sie sich eigentlich nicht mit uns? Warum meinen sie, auf uns schießen zu müssen, so daß wir auch auf sie schießen?

Der Schaffner sagt: „Daß die Menschen auf dera Welt sich net vertragen können. Wie schön könnt's jetzt hier sein, wenn die, wo hier sonst leben, einen Verstand hätten. Aber einen Verstand hat halt der Franzmann durchaus net. Streiten muß er mit uns, der Bazi. Da kannst nix machen.“

Auch die beiden anderen finden, daß es „hier schön sein könnt“, obwohl gerade nichts weiter zu sehen ist als eine graue, berußte Mauer, ein verwahrlostes, unbenutztes Stellwerk mit zerbrochenen Scheiben und ein Berg von rostenden Konservendbüchsen in einer schwarzen Lache, die aus schadhafte Wasserröhren ungewollt gespeist wird.

(Fortsetzung folgt.)

Kapitalistische oder sozialistische Krisenüberwindung?

N. Oe. Zu diesem Thema sprach am vergangenen Freitag in Frankfurt/Main Genosse Rauschenplat aus Berlin. Seine Ausführungen über Ursache und Bekämpfung der Krise wurden im überfüllten Saal mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen.

Heute zieht jede Entlassung weitere Produktionseinschränkungen und weitere Entlassungen nach sich, weil jede Betriebsstilllegung eine Nachfragerverminderung zur Folge hat. Wie kann dieser verhängnisvolle Zirkel durchbrochen werden? Das war die zentrale Frage in der Rede Rauschenplats. Er zeigte sechs wirkliche oder scheinbare Möglichkeiten hierzu: Stärkung der Massenkaukraft zu Lasten des laufenden Einkommens der Unternehmer, Inflation, Krieg (Japan hat durch Krieg, verbunden mit Inflation in der Zeit von 1928—1932 seine industrielle Produktion inmitten der Weltkrise gesteigert), Staatsaufträge, Stärkung der Unternehmerkaukraft (zum Beispiel durch Steuergutscheine) und schließlich Stärkung der Massenkaukraft zu Lasten des Vermögens von Kapitalisten. Damit kam der Redner auf die Forderungen des ISK zur Krisenüberwindung: Zerschlagung von Großgrundbesitz und Beseitigung der Monopolstellung der Schwerindustrie durch Abbau von Zöllen und Subventionen, Förderung der Bauwirtschaft und Siedlung. Der Redner betonte, daß es „elender Reformismus“ wäre, wenn eine einzelne Maßnahme allein durchgeführt würde, zum Beispiel ein paar Preise gesenkt, ein paar Siedlungen gebaut würden. Notwendig ist, das gesamte System von Maßnahmen in seinem Zusammenhang durchzusetzen. Zu einem erfolgreichen Kampf hierfür ist die Einheitsfront der Arbeiterschaft erste und wichtigste Bedingung.

Die Diskussion zeigte leider, wie sehr der Redner recht hatte, wenn er als eine „naturnotwendige“ Folge der Krise die Entstehung einer Unzahl von Krisentheorien nannte. Der eine Diskussionsredner sah das Grundübel der Krise in der Deflation, ein anderer in den Autarkiebestrebungen der Handelspolitik, ein Dritter in der Rationalisierung. Auch in der Diskussion wurde die Notwendigkeit der Einigkeit unter den Arbeitern und ferner zwischen Arbeitern und Bauern betont. Dabei tauchte auch die Frage auf, wie weit es in einem einzelnen Lande möglich sei, ohne, ja sogar gegen die anderen kapitalistischen Länder die Krise durch sozialistische Maßnahmen zu bekämpfen. Diese Möglichkeit wurde bejaht.

Zum Schluß betonte Genosse Rauschenplat die große Bedeutung der Stärkung der Gewerkschaften und der Formierung einer politischen Kampftruppe für die Durchsetzung der aufgestellten Forderungen, darüber hinaus für die Durchführung des Sozialismus.

Mit dem Gesang der „Internationale“ endete die anregende und zur Arbeit an der Einheitsfront anspornende Versammlung.

Der ISK und seine heutige Aufgabe in der Arbeiterbewegung.

F. L. Ueber dieses Thema sprach Minna Specht in einer gutbesuchten Versammlung des ISK, Ortsverein Kassel. Die Rednerin beschränkte sich nach einer kurzen Kennzeichnung der Klassenlage des Proletariats auf die Ausführung der drei wichtigsten Aufgaben, die dem ISK durch die augenblickliche Lage vorgezeichnet sind:

1. Schaffung der Einheitsfront des Proletariats zum Kampf gegen Reaktion und Faschismus.
2. Kampf dem Nationalismus und der aus ihm entspringenden Gefahr imperialistischer Kriege.
3. Charakterbildung der proletarischen Kämpfer.

Zur Einheitsfront:

Der Erfolg der Bildung der Einheitsfront nur von oben ist bei der großen Gegnerschaft und der verbitterten persönlichen Feindschaft der Führer äußerst fraglich. Die Versuche, die Einheitsfront von unten zu bilden, versprechen

mehr Erfolg. Das zeigt eine Reihe erfolgreicher gemeinsamer Demonstrationen von Arbeitern aller Parteien.

Don Vorschlag, mit der Boreinigung der theoretischen Gegensätze zwischen den Arbeiterparteien zu beginnen, beantwortete die Rednerin in ausführlichen Darlegungen damit, daß für dieses besonders schwierige und langwierige Unternehmen im Augenblick alle Voraussetzungen fehlten. „Die Einheitsfront muß im fliegenden Feuer geschmiedet werden.“

Kampf dem Nationalismus und dem imperialistischen Krieg:

Das völlige Versagen des Völkerbundes in den Kriegen in Südamerika und Ostasien ist, wie die Äußerungen vieler Kapitalisten beweisen, mit darauf zurückzuführen, daß viele Kapitalisten in neuen Kriegen Gelegenheit zum Profitmachen und also einen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise sehen. Damit wird deutlich, daß die Arbeiterschaft sich in der Verhinderung imperialistischer Kriege nur auf sich selber verlassen kann. Das Problem des Nationalismus ist leider infolge der in der Schule gepflegten nationalistischen Vorurteile und der Schwierigkeit des Problems noch keineswegs gelöst. Infolgedessen sehen viele Kreise der Arbeiterschaft die dem Nationalismus innewohnende Gefahr imperialistischer Kriege noch immer nicht. Diese Gefahr wird verstärkt durch die verschwommene Haltung der SP auch in dieser Frage. Selbst die KP, die zweifellos gegen den imperialistischen Krieg kämpfen will, begeht schwere Fehler, wenn sie Menschen wie Scheringer in ihrer Partei eine Rolle spielen läßt, obwohl diese heute noch ausgesprochene Nationalisten sind.

Charakterbildung der proletarischen Kämpfer:

Das ist die Aufgabe, mit deren Erfüllung es allein der ISK ernst nimmt. Alle anderen Parteien verkennen theoretisch und praktisch die Rolle, die der Charakter für die Willensanspannung, Treue und Zuverlässigkeit der Kämpfer bedeutet. Ohne diese Eigenschaften ist aber der um den Sozialismus zu führende Kampf unmöglich.

In der Diskussion wurde in der Hauptsache über die Einheitsfront gesprochen.

Wäre es nicht eher möglich, die Internationalen zusammen zu bekommen als z. B. Wels und Thälmann? Ein Diskussionsredner hielt diesen Weg für den aussichtsreichsten. Dem wurde entgegen gehalten, daß das Scheitern des Antikriegskongresses in Amsterdam und die Rede Bauers auf dem Parteitag der SPOe im vergangenen Jahr gezeigt hätten, daß die Spannung zwischen den Führern der Internationalen noch mindestens ebenso groß ist wie zwischen lokalen Parteinstanzen. Von dieser Seite sei also mit der Schaffung der Einheitsfront vorerst nicht zu rechnen.

Unerhörte Forderungen der dänischen Unternehmer.

Die erste Warnung der dänischen Unternehmer an die Arbeiter, daß sie es zu einer Generalaussperrung kommen lassen würden, falls die Arbeiter die geforderte zwanzigprozentige Lohnsenkung nicht annehmen, hat allgemein zu der Ansicht geführt, daß der Kampf unvermeidlich sein wird. Die Unternehmer haben auf die Mahnungen des Ministerpräsidenten Stauning (SP), den Arbeitsfrieden aufrechtzuerhalten, geantwortet, daß fühlbare Lohnsenkungen unbedingt erforderlich seien und daß auch der Staat es sich nicht leisten könne, zu den augenblicklichen Löhnen öffentliche Arbeiten auszuschreiben. Die Forderungen der Unternehmer sind besonders unverschämte angesichts der Tatsache, daß der Kurs der dänischen Krone in den letztvergangenen Tagen sehr gesunken ist, was zweifellos zu einer Preissteigerung im Lande führen wird. Außerdem liegt dem Folketing eine Gesetzesvorlage vor, in der neue Steuererhöhungen vorgesehen sind. Auch ohne Senkung der Nominallöhne droht den dänischen Arbeitern also eine Senkung der Reallohn.

Um die Löhne der englischen Eisenbahner.

Nachdem die englische Eisenbahner-Gewerkschaft die Forderung der Unternehmer auf Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent mit der Drohung eines Generalstreiks der Eisenbahner beantwortet hatte, hatten die Gesellschaften es vorgezogen, erst einmal einige Wochen mit Untersuchungen des Schlichtungsausschusses verstreichen zu lassen. Dieser Ausschuss hat seine Untersuchungen nun beendet und schlägt Lohnsenkungen von 4 1/2 bis 8 1/2 Prozent vor. Es ist nicht anzunehmen, daß die Gewerkschaften diese Vorschläge annehmen werden, und da die Unternehmer ihre Forderungen auch nicht zurückziehen werden, wird die Frage des Streiks in nächster Zeit wieder akut.

Tarifabschluß im sächsischen Steinkohlenbergbau.

Für den sächsischen Steinkohlenbergbau ist zwischen den Tarifvertragsparteien durch Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums eine Vereinbarung zustande gekommen. Danach wird für das Urlaubsjahr 1933 die tarifliche Urlaubsvergütung in Höhe von 80 Prozent gezahlt. Der Schiedsrichter des Landesschlichters sah eine Auszahlung des Urlaubsgeldes in Höhe von 75 Prozent vor. Im übrigen ist der Rahmentarif für die Arbeiter mit einigen Abänderungen wieder in Kraft gesetzt worden.

Juristischer Briefkasten.

An Ph. G. 1. Der Sicherungs-Uebereignungsvertrag wird am Tage des Abschlusses wirksam. Zur Wirksamkeit ist die gerichtliche oder notarielle Beglaubigung nicht erforderlich.

2. Dem Hauswirt steht an den eingebrachten Möbeln seines Mieters ein Vermieterpfandrecht zu. Wenn der Mieter während der Dauer der Mietzeit die Möbel einem Dritten übereignet, so wird dadurch das Pfandrecht des Hauswirts nicht berührt. Dieses Pfandrecht geht dem Eigentumsrecht des Erwerbers vor, und zwar auch dann, wenn die rückständigen Mietforderungen, wegen deren der Vermieter sein Pfandrecht geltend macht, nach der Eigentumsübertragung entstanden sind. In Ihrem Fall wird deshalb die Interventionsklage der Erbin keinen Erfolg haben. Dr. Erich Lewinski.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Hannover: Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, Städtische Saalwirtschaft, Gartenallee 1. Thema: Kriegstreiber an der Arbeit! Arbeiter, legt ihnen ihr verbrochenes Handwerk!

Köln-Sülz: Dienstag, 17. Januar, 20.15 Uhr, Lokal Hermann Krüll, Marsiliusstr. 36. Thema: Was will der ISK?

Freie Aussprache! Eintritt frei!

Magdeburg: Mittwoch, 18. Januar, 20.15 Uhr, bei Bleck (früher Lüchfeld), Knochenhauerufer 27/28. Thema: Die Kriegsgefahr wächst. Betriebs-Kollegen bildet die Abwehr-Front! Redner: Julius Philippson (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt: 20 Pfennige, Erwerbslose frei.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH., Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH., Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Das Haus der guten Schuhe H. Ebel
Berlin N 65, Maxstr. 27
Reinickendorf, Realdenzstr. 97/98
Telefon: D 6 Wedding 2358
Bei Vorzeig. d. Inserates 5% Rabatt!

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut / schnell / billig
EUGEN GEHM
Frankfurt a. M., Riederwald
Engelsplatz 12.

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Bürobedarfsartikel
Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen
A. H. Timmermann
Hamburg 85, Luisenweg 61 III.

Freunde
und Leser des
„Funke“!
Unterstützt
Eure
Zeltung!
Werbt Abonnenten!
Sammelt Anzeigen!
Beruht bei Einheiten
unsere Interessen!



Was tust Du
für die Einheitsfront der Arbeiterklasse? — Wenn Du schon kein Redner und Agitator bist, verwende wenigstens bei jeder Gelegenheit **Klebemarken** mit dem Einheitszelohe. — Bestelle die Klebemarken noch heute bei der **Buchdruckerei Oscar Wettig, Gelnhausen, Hessen-N.**

Pflanzen-Butter
(vegetabile Margarine)
garantiert reine Nuß-Fette
Sonder-Angebot:
Post-Päckchen 3 Pfd. netto
nur 2,20 RM. Frei Haus
gegen Voreinsendung auf
Postcheck Magdeburg 179 24.

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Flanelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuph
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O 112
Scharnweberstr. 16/17.

Butter
Käse, Eier
Landbrot

Anfertigung eleganter
Damengarderobe
und
Reformkleidung
I. Fürchtenicht
Göttingen, Nikolausberger Weg 67.

Es kosten bei Voreinsendung des
Betrages: 100 Stück 50 Pfennige, 1000 Stück 3,— Mark. — Zu-
sendung unter Nachnahme zuzüglich 80 Pf. Nachnahmegebühr.

Frischkost-Reformhaus
Ernst Held, Magdeburg
Otto v. Guerickestraße 104.

Maßarbeit erstklassig
und **billig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen
Alfred Arensberg
Berlin-Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

Warum werfen Sie Ihr Geld weg
für minderwertige Konfektionskleidung?
Sie erhalten bei mir z. B. eine Kaliberbockerhose nach
ihren Maßen und genauesten Wünschen, von besserem
Stoff und besser verarbeitet, für fast dasselbe Geld.
Rudolf Schönheit
Herren- und Damen-Maßschneiderei
Magdeburg, jetzt Johannisbergstr. 10 III

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen,
Klingelanlagen usw. **Spezialität:**
Anfertigung
mod. Tisch- u. Nachttischlampen
G. Funke
Elektrotechniker
GÖTTINGEN / Jüdenstraße 8, III.

Schallplatten sind besser. Hören Sie z. B.:
Phil. Orchester Berlin, Kaukasische Suite von Ippolitow
Plattenpreis: 2,50 Mark
Wilhelm Kempff (Bechstein-Pflügel), Beethoven op. 57, Sonate Nr. 23
in F-Moll (Appassionata) Plattenpreis: 5,40 Mark
Otto Pfothauer, Weimar, Gläserstr. 14.

Berlin
KAMERA
Unter den Linden 14 - A 1 Jäger 2987
16. Januar:
Der blaue Expres.
Der Rächer des Tong.
Ab 17. Januar:
Douglas Fairbank:
Der vierte Muskettier.
Der Boß.
Anfangszeit: 18, 17, 19 und 21 Uhr.

Jeder Tierchützer lese
unsere Schriften über das Jagdvergnügen.
Ist die Jagd ein edles Vergnügen? Flugblatt, kostenfrei
Die Verwerflichkeit des Jagdvergnügens,
insbesondere der Hetzjagden. Von Magnus Schwantje.
Rede auf dem Internationalen Tierschutz-Kongress in
Kopenhagen im Juli 1911. 28. Seiten. 60 Pf. — Die ein-
zige deutsche Schrift, die gründlich über die bei der
Jagd millionenfach verübten Tierquälereien berichtet und
Mittel zu ihrer Bekämpfung vorschlägt. Sie weist nach,
daß bei der Jagd ebenso grauenhafte Tierquälereien
massenhaft verübt werden wie bei der Schächtung.
BUND FÜR RADIKALE ETHIK, E. V., BERLIN W 15,
Düsseldorfer Straße 22. — Postcheckkonto Nummer 567 71. Berlin

Von der Kunst,
zu philosophieren.
Von Leonard Nelson.
35 Seiten. Gebettet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:
„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch
vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An
dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen
interessiert, vorbeigehen.“
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.
„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter.“
Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden
Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Ar-
beiter unverständlichen „Professorenweisheiten“, sondern jeder
Gedanke wird klar entwickelt.“
„Der Funke“ Nr. 86.
Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin SW 19, Inselstr. 8a.
Postcheckkonto Berlin 818 42.

Wahlen in Lippe.

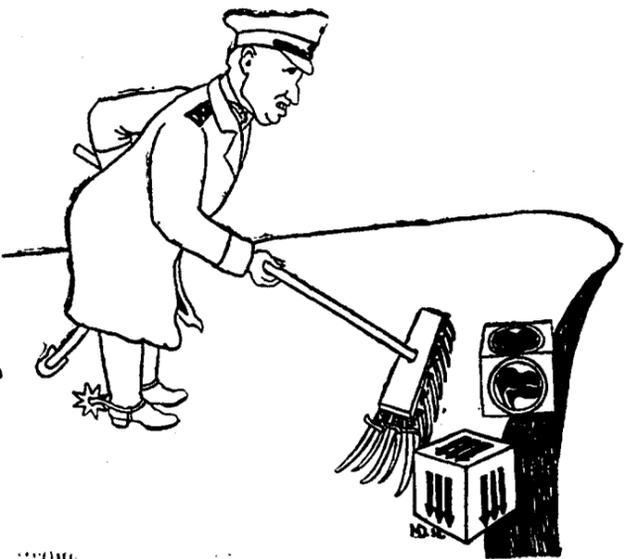
	Landtag 6. 1. 1929	Reichstag 31. 7. 1932	Reichstag 6. 11. 1932	Landtag 15. 1. 1933	Mandate 1929	Mandate 1933
KPD	4 939	10 017	14 601	11 026	1	2
SPD	31 300	30 399	25 782	29 735	9	7
Staatspartei	4 457	849	538	828	1	—
Zentrum	2 288	3 402	2 479	2 530	—	—
Ev. Volksd.	—	3 659	4 079	4 510	—	1
Wirt. Partei	5 444	237	—	—	1	—
Völk. Pt.	3 169	—	—	—	1	—
DVP	9 798	2 250	3 613	4 352	3	1
Landvolk	6 321	173	509	700	2	—
DNVP	9 419	8 674	9 377	5 923	3	1
NSDAP	2 708	42 280	33 038	38 844	1	9

Trotz der ungeheuren Propaganda ist es den Nationalsozialisten nicht gelungen, ihre Stimmenzahl vom Juli 1932 wieder zu erreichen. In jedem Dorfe sprach in diesem Wahlkampf Hitler selber und trotzdem nur ein Wiedergewinn von noch nicht einmal fünf Prozent der Gesamtstimmzahl der Wahlberechtigten. Allerdings ist der „unaufhaltsame Niedergang“ gestoppt.

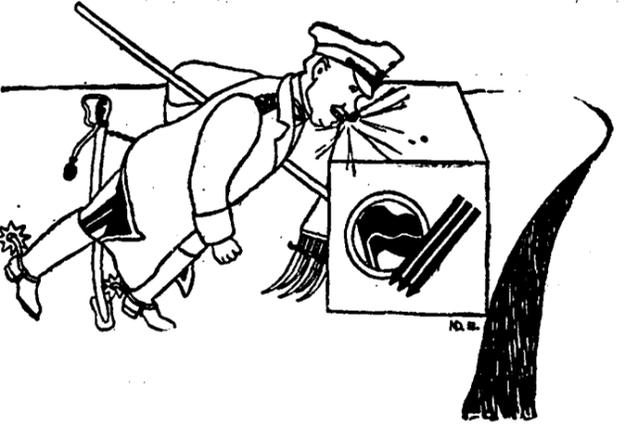
Die SP hat gegenüber der Reichstagswahl im November 1932 an Stimmen etwas zugenommen, besonders in den Städten ist die Zunahme deutlich. Dagegen haben die Kommunisten fast ihren gesamten Zuwachs vom November 1932 wieder verloren. Starke Verluste haben die Deutschnationalen und die Mittelparteien zu verzeichnen, auf deren Kosten der Zuwachs der Nationalsozialisten erfolgte.

Die Wahl am Sonntag verlief bis auf einige Schlägereien ruhig. Die Wahlbeteiligung betrug 81,7 Prozent (gegenüber 82,2 Prozent am 6. November 1932).

So —



oder so?



Wie die Schleicher gestürzt werden.

Steldichein der Reaktion.

Schleichers größte Sorge: die Miliz.

Am Sonntag veranstaltete der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser“ aus Anlaß der 62. Wiederkehr der Reichsgründung eine „Deutsche Weihstunde“ im Berliner Sportpalast. Diese Veranstaltung kann mit Fug und Recht als ein Steldichein der Reaktion bezeichnet werden. Sie zeigte mit erschreckender Deutlichkeit die Verfilzung und Versippung zwischen der sogenannten Deutschen Republik und dem längst noch nicht abgestorbenen alten Kaiserreich, insbesondere auch zwischen „Reichswehr“ und alter kaiserlicher Armee. Die Hohenzollerndynastie hatte natürlich gleich mehrere Vertreter geschickt, ebenso war eine Unzahl alter abgetakelter Generäle in der Uniform des Kaiserreiches zu sehen. Das Ehrenpräsidium hatte Generalfeldmarschall von Hindenburg inne, Präsident der deutschen Republik. Natürlich fehlten auch nicht die Bundesführer des „Stahlhelm“, Herr von Papen usw. Die musikalischen Darbietungen wurden durch sieben Kapellen der Reichswehr ausgeführt.

Im Mittelpunkt des Interesses stand die Rede des Reichskanzlers, General von Schleicher. Diese Rede enthielt wieder äußerst beachtenswerte und alarmierende Ausführungen über die allgemeine Wehrpflicht und den Plan einer Miliz. Schleicher sagte unter anderem: „In vier furchtbaren Kriegsjahren hat diese Armee den Feind von Deutschlands Grenzen ferngehalten (sehr gut gesagt, Herr von Schleicher „vergaß“ nur hinzuzufügen, daß zu diesem Zwecke „diese Armee“ das neutrale Belgien im Frieden überfiel und den Krieg weit in das Land des „Feindes“ hineintrug, das im Verlauf des Krieges dem Erdboden gleich gemacht wurde). Gerade deshalb hat diese Armee, die schließlich doch das deutsche Volk in Waffen darstellte, nichts als so kränkend, unverdient, entehrend und von Seiten des Feindes unritterlich empfunden, wie das Verbot, Waffen zu tragen. Gilt doch dem Deutschen seit Urväter Zeiten das Recht, eine Waffe zu tragen, als das Zeichen des freien Mannes. (Hier verheddert sich der Herr Schleicher in den Netzen seiner eigenen Gedankengänge, denn der logisch zu Ende denkende Staatsbürger stellt nunmehr fest, daß also die deutsche Regierung, die das freie Waffentragen polizeilich verbietet — und unter Schleicher sind bekanntlich die Polizeibestimmungen über den Besitz und das Tragen von Waffen nicht aufgehoben worden — nicht anders handelt als die „Feinde“, die den Deutschen in ihrem wohlverstandenen Interesse eine gewisse Beschränkung im Waffentragen und in der Ausübung des zwischenstaatlichen Faustrechts auferlegt haben, daß aber auch die Reichsregierung den deutschen Untertanen das „Zeichen des freien Mannes“ raubt). Unsere

Feinde (!) wußten sehr wohl, daß sie Deutschland ins Mark trafen, als sie es wehrlos und damit zu einem Volk zweiter Klasse machten. Gegen diese Deklassierung und für die Wiedergewinnung seiner Gleichberechtigten auf militärischem Gebiet hat daher das deutsche Volk (?), und nicht am wenigsten die alten Soldaten, die sich heute hier zu einer Gedenkfeier zusammengefunden haben, zäh und mit heißem Herzen gekämpft, bis ihm vor kurzer Zeit dieses entscheidende Merkmal seiner Souveränität wieder zuerkannt ist, und ich kann heute nur die Worte des Herrn Reichsaußenministers wiederholen, daß die Reichsregierung keine Abrüstungskonvention unterschreiben wird, die diesem Grundsatz nicht Rechnung trägt. Im übrigen wollen wir nur die gleiche Sicherheit, wie jedes andere Land, und ich möchte erneut betonen, daß ich die allgemeine Wehrpflicht für das wichtigste zu erreichende Ziel halte. Veränderte Zeitverhältnisse werden veränderte Formen bedingen. Ich denke dabei in erster Linie an die Miliz. Seien Sie aber überzeugt, daß die Wehrmacht, wie auch ihre äußere Form sein mag stets von dem Geist besetzt sein wird, der der Ihre war und ist. (!) Tradition, wie wir sie auffassen (!), ist nicht an Zahlen und äußere Formen gebunden. Tradition ist die Verpflichtung, zu den alten Soldatentugenden des Gehorsams (!) und der Kameradschaft. Daß die Kameradschaft innerhalb der Reichswehr im gleichen Maße gepflegt wird wie in der alten Armee, ist für uns selbstverständlich. Auch zwischen den alten Soldaten und der jungen Wehrmacht bestehen engste kameradschaftliche Beziehungen. (!) Die heutige Weihstunde gibt ihnen wieder einen besonderen Ausdruck, und ich hoffe, daß sich bald Mittel und Wege finden, dieses Band zwischen den im Kyffhäuser-Bund vereinten alten Soldaten und den ausgeschiedenen Reichswehrangehörigen fester zu knüpfen.“ (!) Solche nationalchauvinistischen Reden kann heute der Kanzler einer „Deutschen Republik“ ungestraft halten! Ein Grund für alle Republikaner, denen die Republik mehr ist, also eine bloße Formsache, wachsam zu sein und sich „Gewehr bei Fuß“ (um Herrn Schleichers Redeweise zu benutzen) bereit zu halten zur notwendigen Verteidigung dieser Republik gegen diejenigen, die sich an ihre Spitze gesetzt haben und sie im Inlande wie im Auslande gründlich in Mißkredit bringen. Dieser Kampf um die Erhaltung der Republik und ihre Erfüllung mit einem neuen Inhalt kann heute jedoch nur noch von einer geeigneten Arbeiterklasse geführt werden!



Der Breslauer Universitätssumpf.

Herrn Cohns Angst vor der eigenen Courage.

Der Skandal an der Breslauer Universität ist nun durch einen noch größeren fortgesetzt worden, der von Herrn Prof. Cohn selber ausgeht. Herr Professor Cohn hat nämlich eine Erklärung über seine Stellungnahme zu Troztkis Asylrecht abgegeben, die so aussieht:

„Ich habe, als ich die Zeitungsanfrage vorgelegt erhielt, in der Eile des Augenblicks geglaubt, daß ich diese Anfrage durch

eine die Entscheidung offenlassende Antwort besser als durch eine Verweigerung der Antwort erledigen könne. Darin habe ich leider geirrt.

Auch war es eine Fahrlässigkeit, daß ich von der Anfrage nicht den Stellen der Universität Kenntnis gegeben habe, die mir bis dahin mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatten. Es ist mir eine schmerzliche Empfindung, daß auf diese Weise der Anschein mangelnder Dankbarkeit und mangelnden Taktes hat entstehen können, während ich gerade umgekehrt mich Rektor und Senat zu aufrichtigem Dank verpflichtet gefühlt habe.

Ich bedauere es lebhaft, daß durch mein Verhalten der Eindruck entstehen konnte, als schlug ich die Pflichten, die das einzelne Glied der Gesamtheit gegenüber hat, gering an, vor allem aber auch, daß nun die Schwierigkeiten für die Universität vermehrt worden sind und der Senat sich vor eine verschärfte Lage gestellt sieht. Ich habe die Gesamtlage dieser Hochschule in der gegenwärtigen Situation würdigen gelernt und darf diese Angelegenheit benutzen, um im Kreise der Kollegen mit Offenheit auszusprechen, daß diese Kenntnis mich bei allen meinen Schritten künftig leiten wird.“

Im Anschluß an diese absolute Kuscherei vor einem pöbelhaften Studentenhafen und einem sich vor diesem Hafen verneigenden Senat hat der weitere Senat nicht umhin gekonnt, zu erklären, daß damit die Angelegenheit für ihn „erledigt“ sei. Er hat auch einen Aufruf an die radikal-lustigen Burschen gerichtet, die in Breslau angeblich studieren, in dem er von einer „starken Sorge vor Kriegsgefahr in unserem Grenzlande“ spricht — und davon, daß die Universität ihre Rechte gegen den Einbruch der „Mächte von draußen“ verteidigen müsse. Daß er auch die „Waffen des Geistes“ erwähnt, mit denen an der Universität gekämpft werden müsse, ist eigentlich unverständlich; denn er beruhigt den antisemitischen Pöbel mit der Erklärung, daß der weitere Senat zu mehr als der Hälfte aus Kriegsteilnehmern bestehe, daß man also Vertrauen zu ihm haben könne!

Der Senat und Herr Cohn sind einander wirklich würdig: Klein und feige kapitulieren sie vor aufgeputzten dummen Jungen.

Zu gleicher Zeit tobte sich im deutschen Osten der Memellandbund, dessen Vorsitzender natürlich ein Professor ist, über die „Gewaltherrschaft der Litauer im Memelland“ aus unter Zugrundelegung der bedeutsamen Frage: „Wie lange noch?“ Auch der Ostmarkenverein darf natürlich nicht fehlen, wo es um Kriegshetze geht, und auch die Gegenseite, litauische Hetzer, versuchten sich mit ebenso erprobten Mitteln am gleichen Objekt. Beide begründeten den Anspruch „ihres“ Landes auf das Memelland mit der jahrhundertalten Verbundenheit der Memelländer entweder mit Deutschland oder mit Litauen. Angesichts dieser eifrigen Tätigkeit der Kriegshetzer und der davon ausgehenden Gefahr für die Arbeiterschaft, die den Krieg, den Professoren und andere Kriegshetzer zum Vergnügen der Imperialisten herbeischwätzen, zu bezahlen haben, muß die Arbeiterschaft sich immer wieder überlegen, ob sie es sich leisten darf, auch nur einen Tag länger in der Zerrissenheit zu verharren, in der sie sich heute durch eigenes Verschulden befindet.

Seine linke Hand weiß nicht, was die rechte tut.

Herr Dorpmüller, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft, ist Vorsitzender der Internationalen Kommission für öffentliche Arbeiten. In Genf beschäftigt er sich mit der 40-Stunden-Woche, während die deutschen Reichsbahnbeamten noch 54 bis 57 Stunden pro Woche arbeiten müssen. Für manche macht die Arbeitszeit einschließlich Dienstbereitschaft sogar 72 bis 93 Stunden pro Woche aus.

Wohin gehören die deutschen Bauern.

Zum Streit um den agrarpolitischen Kurs.

Die eine Seite.

Am Sonnabend wiederholte der Präsident des Reichslandbundes, Graf Kalckreuth, auf der Jahreshauptversammlung des Bezirkslandbundes Meissen sein übliches Gejammer über die angebliche Tatenlosigkeit der Reichsregierung auf agrarpolitischem Gebiet. In echter großagrarischer Unverschämtheit und im Vertrauen auf die allgemein herrschende ökonomische Unbildung erlaubte er sich ferner folgende Frechheiten: Um eine Verärgerung einiger Staaten, die Landwirtschaftserzeugnisse ausführen, werde man nicht herumkommen. Im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten, die einer Steigerung der Ausfuhr entgegenstünden, sei die Minderung der Arbeitslosigkeit und die Rettung der deutschen Landwirtschaft nur möglich, wenn durch eine Fernhaltung überflüssiger Lebensmittelfuhren die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf einer Höhe stabilisiert würden, die eine rentable Erzeugung möglich mache.

Die andere Seite.

Der Bayerische Industriellenverband hat dem Reichslandbund in einem Schreiben seine Empörung über die Angriffe auf die Exportindustrie mitgeteilt. Ferner hat er den Reichswirtschaftsminister „nachdrücklich“ gebeten, sich für die Erhaltung und Förderung der deutschen Ausfuhr einzusetzen.

In der falschen Front.

Die Siedlertagung in Kiel, die der Land- und Bauernbund Schleswig-Holsteins einberufen hatte, sandte folgendes Telegramm an den Reichslandbund:

„2000 versammelte schleswig-holsteinische Siedler und Bauern begrüßen das mannhafte und zweckentprechende

Handeln des Präsidiums des Reichslandbundes. Wir stehen in Kampf und Not treu zu unserer Führung. Der Kampf ist mit allen Mitteln fortzusetzen, bis Gleichberechtigung und auskömmliches Wirtschaften gewährleistet sind.“

Die richtige Front.

Die Deutsche Bauernschaft e. V. veröffentlicht eine Erklärung, in der es unter anderem heißt: Die besondere Verschärfung der bäuerlichen Notlage ist zum Teil verursacht worden durch staatliche Maßnahmen und Eingriffe zum besonderen Schutz der Großbetriebe, die die bäuerliche Veredelungswirtschaft schwer geschädigt haben. Die Verantwortung für diese Agrarpolitik trägt in erster Linie der Landbund, der die Richtlinien der Agrarpolitik des Reiches in den letzten Jahren durch seine Vertrauensmänner bestimmt hat. Es kommt dem Landbund bei seiner jetzigen Forderung auf Verschärfung des Vollstreckungsschutzes nicht darauf an, dem Bauerntum zu dienen, sondern lediglich darauf, den drohenden Zusammenbruch der aus der Osthilfe ausscheldenden sanierungsunfähigen Großbetriebe und damit die praktische Durchführung der Siedlung zu verhindern. Große Teile des deutschen Bauerntums sind sich darüber klar, daß durch staatliche Hilfsmaßnahmen gewisse Erleichterungen zur Linderung der Wirtschaftsnot geschaffen werden können, besonders durch verstärkten Schutz der Veredelungsproduktion, durch eine allgemeine Kredithilfeaktion und Unkostenabbau.

daß aber eine wirkliche Herstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität nur durch die Stärkung und Wiederaufrichtung der Kaufkraft der Verbraucher erreicht werden kann.

China während des Jahres 1932.

Der vorliegende Bericht wird insofern aus dem Rahmen dieser Aufsatzreihe herausfallen, als China außerhalb der den kapitalistischen Westen beherrschenden Wirtschaftskrise steht. Man würde Kleinigkeiten eine ungehörig hohe Bedeutung beimessen, wollte man den in China wahrnehmbaren Auswirkungen jener Krise seine Aufmerksamkeit schenken. Ganz andere Fragen sind es, die China bewegen und von denen in diesem Bericht gehandelt werden soll.

Die Agrarkrise als beherrschender Faktor der Lage.

China ist ein Agrarland und hat in der Zeit nach dem Weltkrieg sogar Getreide ausgeführt. Seit einigen Jahren ist jedoch das Gegenteil der Fall. Die Einfuhr von Weizen, Reis und Mehl betrug

1931 168 000 000 Tael* 13 % der Gesamteinfuhr,
1. Halbjahr 1932 128 000 000 Tael 21 % der Gesamteinfuhr.

* Die als Silbergewicht definierte Währungseinheit „Tael“ entspricht ungefähr 1,20 Mark.

Diese in der Tat erschreckende Zunahme der Nahrungsmittelfuhr hat den Direktor des Außenhandelsamts in Schanghai veranlaßt, von dem „offenbaren Zusammenbruch der Landwirtschaft während der letzten Jahre“ zu sprechen (in „The People's Tribune“ vom 16. November 1932). Die Ursachen dieses Zusammenbruchs sind bekannt: es handelt sich um die Ausbeutung der Bauern durch Landeigentümer und Regierung und um einen ausgedehnten Aufstand der hungernden Bevölkerung gegen ihre Unterdrücker und Ausbeuter. Chinas landwirtschaftlicher Boden ist zu etwa 50 Prozent Pachtland (in einigen Gegenden angeblich bis 80 Prozent), und die Pachtzahlungen drücken den Pächter auf einen Zustand dauernder Unterernährung herab. Hinzu kommt die

politische Herrschaft der Generäle, die durch eine raubartige Besteuerung das Letzte herauspressen

und obendrein gegenseitig Krieg führen um den Besitz von Herrschaftsgebieten. Wie es dabei zugeht, mag man etwa daraus ersehen, daß die

Steuern in Szechuan bereits bis zum Jahre 1950 „im voraus“ erhoben

sind, und daß die Bevölkerung in Schantung noch bis vor wenigen Monaten das Plündern, Rauben, Brennen und Morden eines gerade vorsichgehenden Bürgerkrieges zu erdulden hatte. 1932 hat es zwei „Generalkriege“ gegeben: den oben erwähnten in Schantung und einen in Szechuan. Ein dritter scheint sich in der Provinz Fukien vorzubereiten.

Der Bauernaufstand in Mittelchina.

Durch die Not getrieben hat schon seit jeher ein großer Teil der Bauernschaft zum Rauben Zuflucht genommen. Die Zahl der Räuber ist ungeheuer groß (aus der Provinz Honan wurde einmal gemeldet, daß es dort 400 000 Räuber gäbe), und es gehören zu ihnen alle Abstufungen zwischen dilettantischen Gelegenheitsräubern und gut bewaffneten Banden, die es manchmal so weit bringen, in die Reihen der herrschenden Klasse aufgenommen zu werden.

Das Neuartige nun, das seit einigen Jahren zu beobachten ist, ist die Verschmelzung vieler Räuberbanden mit den bestehenden kommunistischen „Roten Armeen“, die durch diesen Vorgang angeblich auf 200 000 Mann angewachsen sind. Die sonst zerstreuten und ziellos plündernden Räuber ordnen sich in gewisser Weise einer (kommunistischen) Oberleitung unter; sie schreiben kommunistische Parolen auf ihre Fahnen und nehmen auch gewisse kommunistische Ideen an. Teils durch die organisierte Zusammenarbeit, teils infolge des entgegenkommenden Verhaltens der Bauernbevölkerung ist ihr Erfolg gewaltig; und wenn es auch noch gar nicht feststeht, zu welchem Ende die Aktion jener chinesischen „Roten Armeen“ führen wird, so kann jedenfalls seit diesem Jahr gesagt werden, daß

die „Roten Armeen“ Chinas eine politische Macht im Lande darstellen, mit der jede andere Macht ernstlich zu rechnen hat.

In erster Linie ist es die Zentralregierung in Nanking selber, die durch die wachsende Macht der „Roten Armeen“ bedroht ist; denn der Herrschaftsbereich der Kommunisten liegt zum Teil innerhalb der von Nanking aus kontrollierten Provinzen (Kiangsi, Hupeh, Anhui, Honan). Während des ganzen Jahres 1932, besonders während der Sommermonate, hat es einen Krieg zwischen Nanking und den „Roten Armeen“ gegeben. Die Regierungstruppen, unter der persönlichen Leitung Tschiang Kai-Scheks, der in dem anfangs stark bedrohten Hankau sein Hauptquartier hatte, haben insofern Erfolg gehabt, als die Umgebung Hankaus nunmehr „gesäubert“ ist. Die „2. Rote Armee“ wurde nach der Grenze von Szechuan zurückgedrängt, während die „4. Rote Armee“, die in den aneinander grenzenden Gebieten von Anhui, Hupeh und Honan operierte, jetzt anscheinend ebenfalls in nordwestlicher Richtung (vielleicht, um sich mit der 2. Armee zu vereinigen) abzieht. Allerdings hört man, daß diese Rückzüge ohne Verluste und in Ordnung vonstatten gehen, so daß sie als ein strategisches Manöver aufgefaßt werden können. Tschiang Kai-Shek hat inzwischen das Hauptquartier seines „Säuberungsfeldzugs“ nach Nanchang in der Provinz Kiangsi verlegt. Er steht hier der stärksten kommunistischen Gruppe gegenüber, in deren Mitte sich seit einem Jahr die Regierung der chinesischen „Sowjet-Republik“ aufhält.

„Säuberungsfeldzüge“ — das wichtigste Mittel der Regierung!

In einem Rundtelegramm vom 1. Oktober hat General Tschiang Kai-Shek folgende Beschreibung von den Verhältnissen in den wiedergewonnenen Gebieten in den Provinzen Hupeh, Anhui und Honan gegeben: „Es ist keine Uebertreibung, zu sagen, daß es nicht ein einziges Haus gibt, das nicht niedergebrannt wäre; nicht einen einzigen Baum, der nicht gefällt wäre; noch ein einziges Stück Vieh, das verschont geblieben wäre. . . . Bevölkerung und einest blühende Städte . . . sind nur noch Trümmer. Es gibt kein Zeichen menschlichen Lebens, als nur das Wimmern hilfloser Flücht-

Freilich sind Chinas eigene Krisen im Grunde wesensverwandt mit der großen Erschütterung der kapitalistischen Welt: hier wie dort sind es nicht Naturkatastrophen, die die Menschheit in Elend und Verzweiflung stoßen, sondern es sind soziale Verhältnisse — genauer gesagt: die bestehende Art der Verteilung der Produktionsmittel —, die zur Krise führen.

linge. In einigen Fällen haben Tausende von verhungerten Flüchtlingen, unter Kälte und Hunger leidend, sich in Scharen vor den Regierungstruppen auf die Erde geworfen, um Hilfe bittend. . . .“ (Wortlaut der Zusammenfassung durch die amtliche Nachrichtenagentur.)

Der „Shun Pao“, die größte chinesische Zeitung Schanghais, hatte am 1. Juli 1932 folgendes zum Problem des Räuberwesens geschrieben: „Das Räuberwesen ist die Folge einer schlechten Regierung und der Armut. Wenn es nur irgend kann, wird das Volk nicht zu Räubern. Aus diesem Grunde können Räuber auch nicht durch Gewalt unterdrückt werden. Die Unzulänglichkeit der Regierung ist die Ursache des Räuberwesens; es sollte daher Reformen geben auf dem

Kommunisten als Führer der chinesischen Revolution.

Ein einigermaßen sicheres Urteil über den jetzigen Stand und die Zukunftsaussichten der kommunistischen Bewegung in China zu geben, ist schwer. In der Partei scheinen zum Teil anarchische Zustände zu herrschen — Cliquen bekämpfen sich nach der Methode „Hier Stalin, — hier Trotzki“ —, und es sieht so aus, als ob eine überlegene politische Führung fehlt. Hält man sich an die unbestreitbar sicheren Tatsachen, so ist die Existenz der „Roten Armee“ jedenfalls etwas durchaus Greifbares. Und auch wenn diese Armee im Sinne des Westens nur eine lose Zusammenfassung von sehr verschiedenartigen Gruppen ist (ein Teil besteht zweifellos aus waschechten Räubern), so hat jedenfalls die Erfahrung gezeigt, daß die Regierungstruppen gegenüber der „Roten Armee“ zu keinem entscheidenden Erfolg kommen (eine erhebliche Bedeutung hierbei spielt allerdings die kommunistische Propaganda innerhalb der Regierungstruppen, die daher selber von Zeit zu Zeit „gesäubert“ werden müssen).

So sehr nun der militärische Erfolg, oder besser gesagt: der Ausbau einer militärischen Position, eine Stärke der kom-

munistischen Bewegung ist, so sehr scheint die politische Seite der Revolution vernachlässigt zu sein. Auch die Kommunisten selber geben zu, daß die Agrarreform in den von ihnen beherrschten Gebieten zum Teil auf den erfolgreichen Widerstand der reichen Bauernschaft gestoßen ist. „Die Prinzipien (der Agrarreform)“, schrieb die kommunistische englische Zeitschrift „China Forum“ (im Mai 1932), „sind auf Grund von Debatten, Schwierigkeiten und der Opposition der wohlhabenden Bauern einigen Änderungen unterworfen worden. . . .“

Der bekannte indische Kommunist, Manabendra Nath Roy, hat in seinem vor einem Jahr erschienenen Buch über die chinesische Revolution vom „Militarismus“ gesprochen, der als Fluch so stark auf China lastet, daß ihm sogar die Kommunisten nicht entgehen. Nach Ansicht von Roy sind die chinesischen Sowjets „Luftschlösser“.

Eine optimistischere Beurteilung scheint vorläufig noch nicht begründet zu sein.

Alexis Baranoff (Schanghai).

Englische Profite in der Krise.

Der „Manchester Guardian“ veröffentlichte auch in diesem Jahr, wie üblich, eine Liste über die Profite von bekannten englischen Unternehmungen. Die Zahl der Verlustbetriebe ist 1932 etwas größer als im Jahre vorher. Von 255 erfaßten Betrieben hatten 1931 33 mit Verlust gearbeitet, 1932 von 248 Betrieben 42. Immerhin kann von einer Krise des Kapitalismus in England noch nicht die Rede sein, wie unsere nachstehenden Zusammenstellungen zeigen:

Industrien	Zahl der erfaßten Betriebe	Zahl der Verlustbetriebe
Textilwaren	28	5
Konfektion und Warenhäuser	22	1
Kohle und Eisen, Maschinenbau	68	18
Reederei, Schiffbau	22	11
Oel	6	—
Verschiedene	72	6
Brauereien, Hotels	30	1

Eine Reihe von größeren Unternehmungen konnte ihre Gewinne auf beträchtlicher Höhe erhalten:

Industrie	Firma	Gewinn in 1000 £
Oel	Anglo Persian	2319
	Burmah	2261
	Shell Transport	2557
Gas	Gas Light & Coke	1380
Chemie	Imperial Chemical	3408
Tabak	Imperial Tobacco	9876
Stärke	Reckitt & Sons	1031
Brauereien und Destillationen	Bass Ratcliff	1016
	Distillers	1759
	Guinness	1606

Einige Unternehmungen konnten ihre Profite gegenüber dem Vorjahr noch steigern trotz der Krise:

Industrie	Firma	1931	1932	Gewinn in 1000 £
Tabak	J. and P. Coats	1810	2024	
	British-American-Tobacco	5334	5438	
	British Oil and Cake	155	666	
	Carreras	688	803	
	Home and Colonial	565	796	
Seife, Margarine	Lever Brothers	5750	5903	
	Marke & Spencer	422	572	
	Spillers	367	502	
Warenhäuser	Woolworth	3684	4211	

Auf Grund der Angaben des „Manchester Guardian“ läßt sich für die erfaßten 248 Unternehmungen folgende Gewinn- und Verlust-Rechnung aufstellen:

Industrie	Zahl der erfaßten Betriebe	Gewinn in Pfund Sterling	Verlust
Textilwaren	28	5 023 290	399 740
Konfektion und Warenhäuser	22	3 457 310	15 330
Kohle, Eisen und Maschinenbau	68	8 798 360	2 308 600
Reedereien, Schiffbau	22	1 246 950	1 895 710
Oel	6	8 292 010	—
Verschiedene	72	46 987 530	587 050
Brauereien, Hotels	30	10 886 710	28 520
		248	84 692 160
			5 234 950
		Abzüglich Verluste 5 234 950	
		Bleibt ein Gewinn von 79 457 210 Pfund	

Sterling, das sind — umgerechnet zum Durchschnittskurs von 1932 — 1,13 Milliarden Mark.

Der Pfennigtausch-Zug.

Mitte Dezember traf in Berlin auf dem Bahnhof Friedrichstraße der erste „Pfennigtausch-Zug“ mit 400 ungarischen Gästen ein. Die Pfennigtausch-Züge haben den Zweck, trotz Devisensperre den Reiseverkehr zwischen Deutschland und Ungarn dadurch zu ermöglichen, daß Deutsche den ungarischen Reisenden die Reisekosten in Deutschland bezahlen, während umgekehrt Ungarn deutschen Besuchern ihres Landes die Kosten des Aufenthaltes in Ungarn bezahlen.

JAPAN

Pläne zur Gründung einer Roh-Aluminium-Industrie werden zur Zeit von vier Unternehmungen erwogen, darunter der Südmündschurischen Eisenbahn. Vorerst fehlen Erfahrungen und Produktionsverfahren. Die USA haben den Verkauf rundweg abgelehnt; die europäischen Produzenten sind durch die „Baseler Allianz“ gebunden und wollen auch nicht helfen. Die Japaner werden versuchen, von kleineren Werken Erfahrungen und Produktionsverfahren zu kaufen, ferner durch Anstellung ausländischer Fachleute Verfahren in die Hand zu bekommen. Schließlich wollen sie eigene Versuche machen. — Ziel: Unabhängigkeit von ausländischen Monopolisten.

DEUTSCHLAND

Roheisengewinnung gesunken: Die Roheisengewinnung ist von 371 000 Tonnen im November gesunken auf 364 000 Tonnen im Dezember; arbeitsmäßig wurden im Dezember rund 5 Prozent weniger gewonnen als im November. — 1932 wurden insgesamt 3 933 000 Tonnen Roheisen gewonnen. Der arbeitsmäßige Rückgang gegenüber 1931 beträgt rund 85 Prozent, gegenüber 1929 sogar 71 Prozent.

Nur geringer Rückgang des Personenverkehrs bei der Hapag-Lloyd-Union: Mit den Ueborseschiffen der Hamburg-Amerika-Linie wurden nach vorläufigen Zählungen im Jahre 1932 rund 100 000 Personen befördert; 1931 rund 102 000. Heim Norddeutschen-Lloyd wurden insgesamt rund 164 000 Passagiere befördert; 1931 rund 172 000.

Schon wieder Gründung eines Syndikats: Sämtliche deutschen Erzeuger von sanitären Feuerstein haben sich zu einem Verkaufsyndikat zusammengeschlossen, das die Aufgabe hat, den Inlandsabsatz zu regeln.

Eine Stadt ohne Konkurse: In der Stadt Kempten im Allgäu, der Butter- und Käse-Stadt, wurde im Jahr 1932 kein Konkurs angemeldet. Beim Amtsgericht Kempten wurden drei Konkurse gemeldet, sämtlich aber vom Lande, gegenüber 19 im Jahre 1931.